



## Regierungsratsbeschluss vom 06. Dezember 2016

Schriftliche Anfrage René Brigger betreffend Konflikte bei Mischnutzungen

P165420

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### **Begründung**

Das Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher Nutzungen wie Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur- und Bildungseinrichtungen ist in der Stadt weit verbreitet und eine wichtige Voraussetzung für eine Urbanität schlechthin, auch für zukünftige Entwicklungen. Aufgrund des dringenden Bedarfs nach zusätzlichem Wohnraum ist eine Öffnung für das Wohnen neu auch auf einigen grösseren Arealen vorgesehen, die bisher ausschliesslich dem Arbeiten vorbehalten waren. Die neuen Schnittstellen zwischen vielfältig-urbanen Gebieten und der Industrie- und Gewerbezone werden deshalb kontrovers diskutiert. Der Regierungsrat hält fest, dass eine Koexistenz von Wohnen und stillen bis mässig störenden Arbeitsnutzungen den Normalfall in der Stadt Basel darstellt und grösstenteils gut funktioniert. Eine Mischnutzung von emissionsintensiven Arbeitsnutzungen und Wohnen ist nicht sinnvoll und entsprechend in keiner der aktuellen Arealentwicklungen vorgesehen. Der Umgang mit den Schnittstellen zwischen lärmintensiven und lärmempfindlichen Nutzungen kann und soll auf der raumplanerischen und rechtlichen Ebene gelöst werden. Eine Ablehnung von allen neuen Zonen, die eine vielfältige Nutzung zulassen, aufgrund von möglichen Nutzungskonflikten an den Schnittstellen zu den verbleibenden Industrie- und Gewerbezone würde jedoch insbesondere die Entwicklung der wichtigen Transformationsgebiete (Hafen, Klybeck, VoltaNord, Dreispitz, Wolf und Walkeweg) verunmöglichen und damit sowohl die Realisierung von Wohnraum als auch die Vergrösserung der kantonalen Wirtschaftsflächen langfristig blockieren.

